

Bekanntmachung UVgO: Motormanuelle Kulturpflege auf den Flächen der Stadt Kyritz (Förderung im Rahmen von EU-M LEUV-Forst-RL)

Vergabenummer	62-02/2026
Bezeichnung	Motormanuelle Kulturpflege auf den Flächen der Stadt Kyritz (Förderung im Rahmen von EU-M LEUV-Forst-RL)
Art der Vergabe	Öffentliche Ausschreibung
Vergabe- und Vertragsordnung	UVgO
Art des Auftrags	Dienstleistung

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Stadt Kyritz
Kontaktstelle	Vergabestelle
Postanschrift	Marktplatz 1
Ort	16866 Kyritz
Telefon	+49 33971-85225
Fax	+49 3397185245
E-Mail	vergabe@kyritz.de
URL	http://www.kyritz.de
Bei Vergabe im Namen und für Rechnung	Beabsichtigte Leistungen im Namen und für Rechnung: Stadt Kyritz, Marktplatz 1, 16866 Kyritz

Adresse der den Zuschlag erteilenden Stelle

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Auftragsgegenstand

Leistungsbeschreibung

Art der Leistung	Die Kulturpflege beinhaltet motormanuelle Mäharbeiten auf 6,28 ha nach Einweisung auf den entsprechenden Flächen der Stadt Kyritz. Die genaue Lage sind den Plänen zu entnehmen. Ausführungsort ist 16866 Kyritz. Eine Besichtigung der Flächen ist angeraten. Bitte fragen Sie einen Termin ausschließlich per Vergabeplattform (Nachrichten) an. Der Bieter muss eine Zertifizierung (RAL 244 "Wald- und Landschaftspflege" oder gleichwertiger Nachweis) zur Eignung der ausgeschriebenen Arbeiten vorlegen. Der Beginn ist für den 01.06.2026 und das Ende der Arbeiten bis zum 31.08.2026 vorgesehen.
Umfang der Leistung	Kulturpflege Laubholz, NDH, NVJ 6,28 Hektar

Erfüllungsorte

Haupterfüllungsort

Ort	16866 Kyritz
Ergänzende / Abweichende Angaben zum Erfüllungsort	s. Plan und in Absprache mit dem Leiter Baubetriebshof

Ausführungsfristen

Dauer (ab Auftragsvergabe) Beginn 01.06.2026, Ende 31.08.2026

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	13.04.2026
Angebotsfrist	14.04.2026 12:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	30.04.2026

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode Niedrigster Preis

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- 3.3 Angebotsschreiben (VHB-Bbg): Das Angebotsschreiben ist das offizielle Dokument, mit dem ein Bieter seine Angebote im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung in Brandenburg einreicht. Es enthält die Kontaktdaten des Bieters, die Angaben zur Vergabe und die Erklärung, dass alle Anforderungen der Vergabestelle erfüllt wurden.
- 4.1 Eigenerklärung Ausschlussgründe (VHB-Bbg): Selbstauskunft, um zu bestätigen, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die zur eigenen Ausschliefung führen könnten
- 5.3 Vereinbarungen Mindestanforderungen (VHB-Bbg): Es verpflichtet den Bieter, sich zur Einhaltung bestimmter Mindeststandards zu verpflichten, insbesondere in Bezug auf Arbeitsentgelt, das sich an Tarifverträge halten muss.
- Preisblatt: detaillierte Auflistung der Preise für alle im Rahmen einer Ausschreibung angebotenen Leistungen
- RAL 244 "Wald- und Landschaftspflege" oder gleichwertiger Nachweis (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das RAL Gütesiegel 244 "Wald- und Landschaftspflege" ist ein Gütesiegel, das hohe Qualitätsstandards für Leistungen in der Forstwirtschaft und Landschaftspflege bescheinigt. Die gleichwertige Anforderung bedeutet, dass die erbrachte Leistung den Anforderungen dieses Gütezeichens entspricht.
- wenn zutreffend_4.2 Bewerber-Bietergemeinschaft: Rechtliche Erklärung, die von mehreren Unternehmen abgegeben wird, die sich zur gemeinsamen Teilnahme an einer Ausschreibung zusammengeschlossen haben.
- wenn zutreffend_4.3 Erklärung Unteraufträge_Eignungsleihe: Erklärung über die Absicht Teile des Auftrags an Unterauftragnehmer zu vergeben oder der Inanspruchnahme der Eignungsleihe

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Betriebshaftpflichtversicherung (vor Zuschlag) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angaben und Nachweis über eine Haftpflichtversicherung (in Höhe von 100.000,00 EUR für Sach-, Umwelt- und sonstige Schäden, 3 Millionen für Personenschäden, 1-fach maximiert)
- Kopie Gewerbeanmeldung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis der offiziellen Registrierung des Unternehmens
- wenn zutreffend_5.4 ggf. Vereinbarung Mindestanforderungen Nachunternehmer: Vereinbarung zwischen dem Bieter/ Auftragnehmer/ Nachunternehmer/ Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- mind. 2 Unternehmensreferenzen gem. Anlage (Vordruck): Referenz über bisher erbrachte, vergleichbare Leistung
- wenn zutreffend_4.4 ggf. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen: Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen nach § 36 VgV oder/und Verpflichtungserklärung bei Eignungslleihe nach § 47 VgV, ergänzend ggf. Eignungslleihe

Auflagen zur persönlichen Lage

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung zu überprüfen

Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer vorlegen. Sofern vom Auftraggeber mit dem Angebot Eigenerklärungen oder Nachweise gefordert werden, die nicht in der Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen.

- Formular 4.1 Eigenerklärung Ausschlussgründe

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien nach §§ 123, 124 GWB, Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet hat.

Erklärung, dass das Unternehmen nicht bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Erklärung, dass gegen das Unternehmen keine Gründe vorliegen, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG), § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) und § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) führen können.

- ggf. Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig),

- wenn zutreffend_4.2 Bewerber-Bietergemeinschaftserklärung: Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss diese mit dem Angebot eine Erklärung einreichen. Diese Erklärung beinhaltet die Bildung einer Bietergemeinschaft, einer Arbeitsgemeinschaft im Falle der Auftragserteilung sowie die Übernahme einer gesamtschuldnerischen Haftung durch die Bietergemeinschaft und eine Auflistung ihrer Mitglieder. Schließlich soll die Erklärung die Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie, dass dieser die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, beinhalten. Bei Bietergemeinschaften sind geforderte Erklärungen bzw. Nachweise für jedes Mitglied mit dem Angebot einzureichen, sofern dies nicht anders ausgewiesen ist. Ein Wechsel der Identität eines Mitglieds der Bietergemeinschaft oder der Bietergemeinschaft ist nicht zugelassen.

- wenn zutreffend_4.3 Erklärung Unteraufträge/Eignungslleihe:

Die Namensnennung der vorgesehenen Unterauftragnehmer ist bei Abgabe des Teilnahmeantrages/Angebots freiwillig. Diese wird vor Zuschlagserteilung für den

in Frage kommenden Bieter zwingend erforderlich. Der Auftraggeber fragt diesen gesondert beim Bieter an (Angabe Leistungsbereich/Auftragsteil anzugeben).

Ein Bewerber kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Angabe in Bezug auf Eignungsanforderung).

Namensnennung bereits bei Abgabe des Teilnahmeantrages/Angebots notwendig und Angabe der von diesen Unternehmen erfüllten Eignungsanforderungen.

- wenn zutreffend_4.4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen nach § 36 VgV
(nur auf besondere Anforderung des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung einzureichen)

Verpflichtungserklärung bei Eignungslleihe nach § 47 VgV und diesbezügliche Nachweise sowie Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen (bei Abgabe eines Teilnahmeantrages/Angebots einzureichen)

Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so fordert der Auftraggeber eine gesamtschuldnerische Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang.

Für die in Frage kommenden Bieter wird eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister durch den AG eingeholt.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu überprüfen

Auf gesonderte Anforderung der Vergabestelle vor Zuschlag oder per Eigenerklärung, dass diese nach Zuschlag und vor Ausführung der Arbeiten in der geforderten Höhe abgeschlossen wird:

- Betriebshaftpflichtversicherung (min. 100.000 Euro bei Sach-/ und sonstigen Schäden, 50.000 Euro Umweltschäden und min. 3 Mio Euro bei Personenschäden), 1-fach maximiert pro Versicherungsnachweis

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur technischen Leistungsfähigkeit zu überprüfen

Auf gesonderte Anforderung der Vergabestelle:

Mindestens 2 geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten drei Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe Bezeichnung des Projektes, Ort der Ausführung, Auftraggeber, Ansprechpartner, Leistungszeitraum, Abschluss der Leistungen, Auftragssumme, Projektbeschreibung

Bedingungen für den Auftrag

Geforderte Kautionen und Sicherheiten

-

Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

-UVgO
-VOL/B
-Brandenburger Vergabegesetz

Sonstige Bedingungen

Sonstige Bedingungen

- 5.3 EU Vereinbarungen Mindestanforderungen VHB-Bbg (Mindestlohn Brandenburg)

- wenn zutreffend_5.4 EU Vereinbarung Mindestanforderungen Nachunternehmer
Verleiher BbgVergG

Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

Die Erbringung der
Dienstleistung ist einem
besonderen Berufsstand
vorbehalten

Nein

Juristische Personen
müssen die Namen und
die berufliche Qualifikation
der Personen angeben,
die für die Ausführung der
betreffenden Dienstleistung
verantwortlich sein sollen

Nein

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand

Nein

Elektronisch

Ja, mittels Vergabemarktplatz "Vergabemarktplatz Brandenburg"

URL zu den
Auftragsunterlagen

[https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/
CXS0Y5WYTSDDF8BU/documents](https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXS0Y5WYTSDDF8BU/documents)

Zusätzliche Angaben über
die Maßnahmen zum Schutz
der Vertraulichkeit und der
Zugriffsmöglichkeit auf die
Vergabeunterlagen

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Beginn der Angebotsöffnung

14.04.2026 12:00 Uhr

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten
Angebote

Elektronisch in Textform

URL zur Abgabe
elektronischer Angebote

[https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/
CXS0Y5WYTSDDF8BU](https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXS0Y5WYTSDDF8BU)

Zugriff auf Preisdokumente
bis zur manuellen
Freigabe während der
Angebotsprüfung/-wertung
sperren (Zwei-Umschlags-
Verfahren)

Nein

Eingabemöglichkeiten
zu Angebotspreisen für
Unternehmen innerhalb des
Bieterools sperren

Nein

Weitere Anforderungen an Angebote

Angebote sind in Form von
elektronischen Katalogen
einzureichen oder müssen
einen elektronischen Katalog
enthalten.

Nein

Forderung von Proben und
Mustern

Nein

Besondere Anforderungen zu Unterauftragnehmern

Die Namen der
Nachunternehmer
sind bereits bei der
Angebotsabgabe
anzugeben.

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Verfahren/Sonstiges

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für
Bieter/Bewerber

Für den Vertrag gelten ausschließlich unsere Bedingungen des Vergabeverfahrens. Andere Bedingungen (z.B. beigefügte AGB des Bieters) werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn wir ihnen nicht ausdrücklich widersprechen.

Hinweis zur Abgabe der Angebote in Textform über den Vergabemarktplatz und den vorgesehenen Unterschriftsfeldern auf den Formularen der Vergabeunterlagen: Bei der Textform kann die Unterschrift durch einfache Namensnennung (z.B. per Schreibmaschinen-Werkzeug in Adobe) des Erklärenden im jeweiligen Unterschriftenfeld ersetzt werden. Ausnahme: bei Erklärungen Dritter: diese bitte auf gesonderte Aufforderung eingescannt mit Unterschrift vorlegen. Die Nennung der Person des Erklärenden erfordert die Angabe der Identität desjenigen, dem die Erklärung zugerechnet werden soll. Bei natürlichen Personen ist der Name zu nennen (§ 12 BGB), bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften jedenfalls der Firmenname ("Firma", § 17 HGB).

Geben Sie bitte ihr Angebot ausschließlich über die Vergabeplattform über das Bietertool ab. Es sind keine Angebote per eMail oder Post zugelassen!

Unter "Sonstiges" finden Sie ein Dokument (Hilfe zur Nutzung_Vergabemarktplatz), welches Ihnen hilfreiche Informationen zur einfachen Angebotsabgabe gibt.

Soweit bei der Erstellung eines Teilnahmeantrages oder eines Angebotes Fragen zu den Unterlagen oder zum Vergabeverfahren auftreten, müssen diese über die Vergabeplattform des Landes Brandenburg gestellt werden. Nach Ablauf dieser Frist werden eingehende Fragen ggf. nicht mehr beantwortet. Die Vergabestelle behält sich vor Fragen zu beantworten, die nach Ablauf dieser Frist eingehen. Die Beantwortung und weitere Informationen des Auftraggebers werden auf der projektbezogenen Internet-Plattform zu diesem Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg veröffentlicht. Die Bewerber werden im Zuge der Gleichbehandlung aller Bewerber gebeten, die Vergabestelle nur auf diesem Wege zu kontaktieren.

Kommunalaufsichtsbehörde:
Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin
Virchowstraße 14-16
16816 Neuruppin

Bekanntmachungs-ID

CXS0Y5WYTSDDF8BU